



562. Plenartagung des EWSA

Die 562. Plenartagung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) fand von 7. – 8. Juli 2021 statt.

Nachhaltige und wettbewerbsfähige Volkswirtschaften müssen hochwertige Arbeitsplätze und Chancengleichheit bieten

Stellungnahme von EWSA-Präsidentin Christa Schweng

Auf dem informellen Treffen der EU-MinisterInnen für Beschäftigung und Sozialpolitik am 9. Juli habe ich hervorgehoben, dass die Arbeit an widerstandsfähigen und integrativen Arbeitsmärkten für alle zu den Kernprioritäten der Arbeit des EWSA gehört.

Die COVID-19-Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass wir mehr als nur Geld brauchen, um die aktuelle Situation zu lösen. Der Übergang zu einer grüneren und digitaleren Wirtschaft muss mit einem sozialen Wiederaufbau verbunden werden. Wirtschaftlicher Wohlstand, Sorge für die Umwelt und das Wohlergehen der Menschen können und müssen Hand in Hand gehen.

Ich habe auch das Engagement des slowenischen Ratsvorsitzes für den Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte begrüßt. Die Stellungnahme des EWSA zu diesem Thema unterstreicht, dass der Aktionsplan nachhaltige und wettbewerbsfähige Volkswirtschaften fördern sollte, die hochwertige Arbeitsplätze und gleiche Chancen für alle bieten.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist es wichtig, die Aus- und Weiterbildung an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes anzupassen. Heutzutage sind „Up-Skilling“ und „Re-Skilling“ von ArbeitnehmerInnen sowie digitale Bildung von entscheidender Bedeutung.

Besonderes Augenmerk sollte auf junge Menschen gelegt werden, die immer mehr Schwierigkeiten beim Übergang von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt haben. In den Mitgliedstaaten brauchen wir aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, einschließlich der Ausbildung am Arbeitsplatz, um der jüngeren Generation qualitativ hochwertige Arbeitsmöglichkeiten zu garantieren.

Der EWSA wird auch weiterhin andere Institutionen bei der Gestaltung neuer, integrativer Politiken für die Arbeitsmärkte unterstützen. Der Ausschuss setzt sich für die Stimme der Sozialpartner und der organisierten Zivilgesellschaft ein. Diesen Hauptakteuren zuzuhören ist unerlässlich, wenn wir eine Politik erreichen wollen, die wirklich zweckmäßig ist.

Wirtschaft, Umwelt und Wohlergehen der Menschen müssen in der Zeit nach COVID-19 Hand in Hand gehen

Auf der Juli-Plenartagung des EWSA erörterten EWSA-Präsidentin Christa Schweng und die Mitglieder zusammen mit prominenten RednerInnen die künftige europäische Wirtschaft nach der Pandemie.

Wirtschaftlicher Wohlstand, Umweltsorge und Wohlergehen der Menschen können und müssen Hand in Hand gehen. So lautete die wichtigste Botschaft von EWSA-Präsidentin Christa Schweng in der Debatte zum Thema „Eine Post-COVID-19-Wirtschaft zum Nutzen aller – Hin zu einer Wirtschaft des Wohlergehens?“ auf der EWSA-Plenartagung am 7. Juli 2021.

Frau Schweng führte aus, dass wir in Zukunft eindeutig umfassendere Aspekte überwachen und bewerten müssen, als sie das BIP widerspiegelt: Aspekte wie unsere Gesundheit, unsere Natur, unsere Bildung, unsere Innovationsfähigkeit und unsere Gemeinschaften sind wichtig, sagte sie.

Es gehe darum, „das Konzept des Wohlstands mit der Möglichkeit sozialen Fortschritts auf globaler Ebene zu verbinden“ und dabei von den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 als Grundlage auszugehen. Die EU braucht nun eine umfassende Strategie, und der EWSA ist bereit, sich an den Überlegungen über die Grundlagen für eine Wirtschaft nach der COVID-19-Krise zu beteiligen. Eine Wirtschaft zum Nutzen aller, die neue Indikatoren für die Wirtschaftsleistung und den sozialen Fortschritt einschließt, die ein umfassendes Bild des Wohlergehens der Menschen vermitteln können.

Über das BIP hinaus: Hin zur Ökonomie des Wohlergehens

An der Aussprache im Plenum nahmen vier prominente RednerInnen teil.

Tim Jackson vom *Centre for the Understanding of Sustainable Prosperity* stellte klar, dass die Gesundheit – und nicht Reichtum – die Grundlage für Wohlstand und der Ausgangspunkt für Überlegungen über die Art der Wirtschaft sei, die wir für die Zeit nach der Pandemie anstreben. Er wies darauf hin, dass das BIP in vielerlei Hinsicht begrenzt sei, weshalb die „Abhängigkeit vom BIP-Wachstum“ durchbrochen und darüber nachgedacht werden müsse, wie Sozialsysteme in schwächer wachsenden Volkswirtschaften aufrechterhalten werden könnten.

Fabrice Murtin von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vertrat die Auffassung, dass Wohlergehen an sich ein sehr komplexes System sei und es nicht die eine Ökonomie des Wohlergehens gebe, sondern viele solcher Ökonomien. Jetzt müsse unbedingt eine auf die Menschen ausgerichtete Politik konzipiert werden. Soziale Ungleichheit sei eine systemische Schwäche und ginge zu Lasten der Effizienz.

Sandrine Dixon-Declève als Vertreterin des *Club of Rome* betonte, dass wir gesunde Menschen in einem gesunden Europa in den Mittelpunkt stellen und von BIP-basiertem Wachstum zu Wohlergehen und Sicherheit übergehen müssten. Die Lehren aus der COVID-19-Pandemie könnten dafür genutzt werden, herauszufiltern, was unbedingt notwendig sei, und um einen Wandel zu bewirken.

James Watson von *BusinessEurope* erklärte schließlich, dass das ursprünglich als Messgröße für die Wirtschaftstätigkeit konzipierte BIP ein begrenzter, aber trotzdem immer noch sinnvoller Indikator sei. Jetzt gelte es, das BIP durch weiter gefasste und ausgewogene Kenngrößen zu ergänzen, die sich aus anderen – ökonomischen, sozialen und ökologischen – Indikatoren zusammensetzten.

Eine auf die Menschen ausgerichtete Wirtschaft

Im Rahmen der Aussprache betonte Séamus Boland, Vorsitzender der Gruppe Vielfalt Europa, dass der gesellschaftliche Fortschritt und eine Wirtschaft zum Nutzen aller nur durch den Übergang zu einem alternativen, fest in den Nachhaltigkeitszielen verwurzelten Entwicklungsmodell erreicht werden könnten, wobei uns die COVID-19-Krise die Chance biete, alles richtig zu machen.

Stefano Mallia, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber, erklärte, dass wir mit neuen Prioritäten wie dem europäischen Grünen Deal, NextGenerationEU, einem gerechten Übergang und Klimaneutralität bis 2050 über eine ganze Reihe neuer Indikatoren verfügten, die herangezogen werden könnten. Für die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze und nachhaltigen Wachstums brauchen wir eine starke und widerstandsfähige industrielle Basis, damit wir bei Technologie und Innovation weltweit weiterhin ganz oben mitspielen können. Daneben brauchen wir offene Märkte und ein regelbasiertes multilaterales System, das die Interessen und Werte der EU schützt.

Oliver Röpke, Vorsitzender der Gruppe Arbeitnehmer, erklärte, dass die Ökonomie des Wohlergehens nach dem starken Bekenntnis zu den Zielen der europäischen Säule sozialer Rechte auf dem Gipfel von Porto auch erwerbstätigen Menschen und ihren Familien Rechnung tragen und angemessene Löhne, starke Tarifverhandlungssysteme und eine starke ArbeitnehmerInnenbeteiligung sicherstellen müsse, um den ökologischen und digitalen Wandel zu bewältigen. Die wirtschaftliche Erholung müsse mit sozialem Wohlergehen einhergehen, wenn sie nachhaltig sein solle.

Abschließend betonte Peter Schmidt, Vorsitzender der Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt (NAT) und Berichterstatter für die EWSA-Stellungnahme zum Thema [Die nachhaltige Wirtschaft, die wir brauchen](#), dass eine Ökonomie des Wohlergehens im Dienst der Menschen stehen müsse und dass die EU die Pandemie als Gelegenheit nutzen müsse, um über unsere Schwächen nachzudenken und Vorschläge zu unterbreiten.

Europa profitiert von der soliden Finanzierung von #NextGenerationEU

Der EWSA weist darauf hin, dass eine wirksame Finanzierung und ein solides Risikomanagement bei der Mittelbeschaffung auf den Kapitalmärkten von entscheidender Bedeutung sind. Er betont, dass die Kommission die Anleihestrategie direkt verwalten muss, und empfiehlt einen Beirat, in dem auch Organisationen der Zivilgesellschaft vertreten sind.

Eine gut funktionierende Finanzierungsstrategie ist der Schlüssel, wenn es darum geht, die finanziellen Mittel für den Wiederaufbau der Europäischen Union auf den internationalen Kapitalmärkten zu beschaffen. In der von Judith Vorbach verfassten und auf der Plenartagung im Juli verabschiedeten Stellungnahme betont der Ausschuss, dass die reibungslose Umsetzung von NextGenerationEU (NGEU) eine solide und nachhaltige Finanzierung sowie ein solides Risikomanagement und niedrige Kreditkosten erfordert.

In der Debatte sagte Frau Vorbach: „Die Kreditaufnahme im Rahmen von NextGenerationEU muss mit demokratischer Kontrolle, Legitimität und Transparenz erfolgen. Eine effektive Finanzierungsstrategie aus stabiler und nachhaltiger Finanzierung, solidem Risikomanagement sowie hoher Bonität und niedrigen Kreditkosten liegt im ureigenen Interesse der Bürgerinnen und Bürger und insbesondere im Interesse der Zivilgesellschaft, die letztlich die Marktrisiken trägt.“

Direkte Verwaltung der Finanzierungsstrategie

Nach Ansicht des EWSA ist die Entscheidung der Europäischen Kommission, ihre eigenen Kompetenzen und personellen Ressourcen zu stärken, um die Finanzierung von NextGenerationEU zu

bewältigen, eine gute Nachricht. Einerseits ist dies mit einem hohen Finanzierungsbedarf und komplexen Auszahlungsplänen verbunden. Zum anderen müssen komplexe Finanzmarktentwicklungen antizipiert werden, um Kredite zu günstigen Marktkonditionen aufnehmen zu können. Das erfordert Marktkenntnis und Erfahrung.

Angesichts des starken öffentlichen Interesses an einer soliden Finanzierung ist es wichtig, dass die Strategie direkt von der Kommission verwaltet und nicht ausgelagert wird. Der EWSA fordert eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter bei der Besetzung dieser Aufgabe.

Der EWSA fordert außerdem die Einrichtung eines Beirats, in dem die Kommission, das Europäische Parlament, der Rat, die Sozialpartner und die organisierte Zivilgesellschaft vertreten sind.

Regelmäßige Überwachung

Nach der Ratifizierung des neuen Eigenmittelbeschlusses durch alle EU-Mitgliedstaaten, der am 1. Juni 2021 in Kraft getreten ist, kann die Europäische Kommission nun mit der Aufnahme von Mitteln für das Konjunkturprogramm beginnen.

Der massive Einsatz auf den Kapitalmärkten wird von einer Vielzahl von Risiken begleitet sein. Aus diesem Grund ist es auch von zentraler Bedeutung, dass von Anfang an solide Risikomanagementsysteme sowie ein „NGEU-Konto“ bei der Europäischen Zentralbank eingerichtet werden. In diesem Zusammenhang weist der Ausschuss darauf hin, dass der Chief Risk Officer (CRO) das Europäische Parlament und den Rat bei der Ausarbeitung der hochrangigen Risiko- und Compliance-Politik konsultieren sollte, da ein solides Risikomanagement im öffentlichen Interesse liegt.

Nach Ansicht des EWSA sollten die Schlagworte des NextGenerationEU-Anleiheprozesses stets Rechenschaftspflicht, Transparenz und solides Finanzmanagement sein. In diesem Sinne warnt der Ausschuss vor einer übermäßigen Kreditaufnahme bei Investoren außerhalb der EU und spricht sich für die Einführung neuer Eigenmittel für den EU-Haushalt aus.

Unter Berücksichtigung der Erwartungen der Organisationen der Zivilgesellschaft unterstreicht der EWSA schließlich, dass die geplanten „grünen NGEU-Anleihen“, die eine Verpflichtung der EU-Mitgliedstaaten beinhalten, NGEU-Mittel zur Bekämpfung des Klimawandels zu verwenden, zu begrüßen sind. Ebenso schlägt der Ausschuss die Ausgabe von „NGEU-Sozialanleihen“ vor, bei denen die EU-Länder finanzielle Unterstützung für die Entwicklung von Projekten für integratives Wachstum und sozialen Zusammenhalt erhalten würden.

Hintergrund

NextGenerationEU wird der EU-Wirtschaft Geld in Form von Zuschüssen und Darlehen zuführen und wird durch die Aufnahme von rund 800 Milliarden Euro auf den Kapitalmärkten finanziert werden. Obwohl die Kommission bereits in der Vergangenheit Anleihen aufgenommen hat, erforderten das Volumen, die Häufigkeit und die Komplexität dieses neuen Instruments eine radikale Änderung des Konzepts für die Kapitalmärkte, das auf einer diversifizierten Finanzierungsstrategie mit einem robusten Governance-Rahmen beruht. Diese neue, diversifizierte Finanzierungsstrategie kombiniert verschiedene Finanzierungsinstrumente und -techniken mit einer offenen und transparenten Kommunikation gegenüber den Marktteilnehmern.

Die Kreditaufnahme ist zeitlich befristet und wird zwischen Mitte 2021 und 2026 stattfinden. Innerhalb dieses Zeitraums wird die Kommission Finanzierungsmaßnahmen in Höhe von 150 bis 200 Milliarden Euro pro Jahr durchführen. Die von der EU aufgenommenen Finanzmittel sollen bis

spätestens Dezember 2058 zurückgezahlt werden, entweder direkt von den Mitgliedstaaten (bei Krediten) oder über den EU-Haushalt (bei nicht rückzahlbaren Hilfen).

Die Modalitäten für die Überwachung der Kreditaufnahme sind in der [„Mitteilung über eine neue Finanzierungsstrategie zur Finanzierung von NextGenerationEU“](#) vom April 2021 festgelegt, in der die Kommission verpflichtet wird, das Europäische Parlament und den Rat regelmäßig über ihre Schuldenmanagementstrategie zu informieren.

Künstliche Intelligenz: 18 % der weltweiten SpitzenforscherInnen sind EuropäerInnen, aber nur 10 % arbeiten in Europa

Jayant Narayan vom Weltwirtschaftsforum wies in einer Debatte über Künstliche Intelligenz (KI) auf der Juli-Plenartagung des EWSA darauf hin, dass Europa, um wettbewerbsfähig zu sein, in mittel- bis langfristige Maßnahmen investieren muss, um ein Ökosystem zu schaffen, in dem KI gedeihen kann.

Auf der letzten Plenartagung des EWSA vor der Sommerpause fand eine Debatte zum Thema **„Künstliche Intelligenz und echte Werte: unsere digitale Zukunft“** mit Jayant Narayan statt, der die [Global AI Alliance](#) des Weltwirtschaftsforums leitet. Im Rahmen der Debatte wurden auch drei EWSA-Berichte vorgestellt, die sich mit den [digitalen Zielen der EU für 2030](#), den [wirtschaftlichen und sozialen Chancen der Digitalisierung](#) und der [Digitalisierung für alle](#) befassen.

EWSA-Präsidentin Christa Schweng eröffnete die Debatte und betonte, wie wichtig die Digitalisierung für die Verwirklichung der Vision einer „wirtschaftlich prosperierenden, sozial inklusiven und ökologisch nachhaltigen Europäischen Union“ sei, die sie in den Mittelpunkt ihrer Amtszeit gestellt hat. Daten und KI sind dabei eine der Schlüsselkomponenten.

„KI wird weiterhin verändern, wie wir leben, arbeiten, lernen und interagieren“, sagte sie. „Jetzt ist es an der Zeit, über ein Rahmenwerk hinauszugehen und echte Werte für unsere digitale Zukunft in die Praxis umzusetzen“, allen voran Inklusivität.

KMU: Keine Patentrezepte für KI

Mit Blick auf die Herausforderungen, mit denen KMU konfrontiert sind, die KI einsetzen wollen, betonte Jayant Narayan, dass es zwar neue Lösungen gibt, wie z. B. No-Code-KI, die es Unternehmen und Einzelpersonen ermöglicht, mit Drag-and-Drop-Tools zu arbeiten, um ihre eigenen KI-Lösungen zu entwickeln, ohne voll ausgebildete DatenwissenschaftlerInnen auf der Gehaltsliste zu haben, dass dies aber kein Patentrezept ist. Ein KMU, das eine KI-Lösung anschafft, weil es nicht die Ressourcen hat, um sie intern zu entwickeln, muss sich überlegen, ob es sicher ist, seine Daten mit dem Unternehmen zu teilen, das seine KI-Lösung entwickelt.

Chatbots, Preisvorhersagen und Kundenbetreuung waren einige der leicht einsetzbaren Lösungen, mit denen KMU begonnen hatten, sich zu beschäftigen. Dies waren „Quick Wins“. Aber es musste auch ein mittel- bis langfristiger Horizont vorhanden sein, der sich darauf konzentrierte, KMU zu befähigen, die lokalen, internen Kapazitäten zu entwickeln, die sie für den Einsatz von KI benötigen. Hier kamen wesentliche Aspekte wie Fähigkeiten ins Spiel, die im Falle von KI und Data Science nicht über Nacht entwickelt werden können. Die Finanzierung und Unterstützung von Innovationen spielen dabei eine Schlüsselrolle.

Auf die Bedeutung des Ökosystems kam Narayan in der Debatte noch einmal zurück, als er eine Frage nach den Gründen für den Rückstand Europas gegenüber den USA und China im Bereich KI beantwortete.

Mit Blick auf die USA sagte er, dass es dafür zwar mehrere Gründe gebe, aber die Unterstützung und Finanzierung durch die Regierung eine große Rolle gespielt habe, von der Entstehung des Silicon Valley bis zur parteiübergreifenden Verabschiedung des jüngsten *Innovation and Competition Act*, der Ausgaben in Höhe von 250 Milliarden US-Dollar für Technologie und Innovation vorsieht.

„Diese Finanzierung schafft die Art von Markt, auf dem die meisten Ihrer Top-ForscherInnen und DatenwissenschaftlerInnen auch landen werden. Und das ist keine kurzfristige Lösung, sondern eher eine mittel- bis langfristige Perspektive, um ein Ökosystem zu schaffen, in dem man nicht nur lokale Werte generiert, sondern auch führend ist.“ Er zitierte [aktuelle Studien](#), die zeigen, dass Europa die Heimat von 18 % der weltweit führenden KI-WissenschaftlerInnen ist, von denen nur 10 % tatsächlich in Europa arbeiten.

Wirklich für alle?

Narayan sprach auch die Frage nach KI und der Zivilgesellschaft an und ob die KI-Entwicklung wirklich für alle ist oder eher den Interessen bestimmter Gruppen dient.

Unter Verweis auf Studien, die zeigen, dass zwischen 30 und 40 % der jüngsten Umsätze von Amazon durch KI-gesteuerte Empfehlungen an die VerbraucherInnen erzielt wurden, betonte Narayan, dass KI in der Tat sehr allgegenwärtig sei und dass deshalb Robustheit, Erklärbarkeit, Vertrauen und Transparenz so wichtig seien. Es gebe Fortschritte bei der Erklärbarkeit, zum Beispiel mit AIX 360, um die Entscheidungsfindung von Maschinen zu beleuchten. Es gab auch Entwicklungen im Bereich der Sicherheit. Aber dies waren Spitzenlösungen, zu denen nicht jeder Zugang haben konnte.

Während es an Prinzipien „da draußen“ nicht mangelt – etwa 200 bis 300 wurden aufgelistet – sagte er, die größte Sorge sei, ob sie wirklich in die Praxis umgesetzt werden und die Interessen der Zivilgesellschaft gewahrt bleiben.

Narayan sagte voraus, dass Fortschritte bei der Umsetzung aus einer Mischung von Regulierungen des öffentlichen Sektors und Rahmenbedingungen der Industrie kommen würden, auch von Big Tech, die jetzt WissenschaftlerInnen mit dualer Ausbildung und vielfältigere Teams einstelle.

Durch den Dialog zwischen der Industrie und den Regulierungsbehörden würden sich die Dinge weiterentwickeln und möglicherweise einen Punkt erreichen, an dem die Industrie selbst auf freiwilliger Basis Maßnahmen ergreifen würde.

Digitalisierung: die kommenden Herausforderungen

Im Verlauf der Debatte sagte Gonçalo Lobo Xavier, Berichterstatter der EWSA-Stellungnahme zu den digitalen Zielen der EU für 2030: „Wir dürfen keine Angst vor KI haben. Wir dürfen den Fortschritt und die Digitalisierung in unserem sozialen, wirtschaftlichen und privaten Leben nicht fürchten. Was wir fürchten sollten, ist, die Chancen zu verpassen oder nicht die idealen Bedingungen zu schaffen, um von Technologie und Fortschritt zu profitieren. Die Angst, dass die Digitalisierung bzw. KI uns die Arbeitsplätze stiehlt, ist etwas, das in den Köpfen der EuropäerInnen steckt. Und deshalb ist auch eine Regulierung notwendig. Aber wir können die Zeit nicht aufhalten. Ja, es ist wichtig, Arbeitsplätze und soziale Rechte zu verteidigen, aber die Nebenwirkungen des langsamen Tempos, des Wartens darauf, für alles einen rechtlichen Rahmen zu haben, werden die Zukunft untergraben. Deshalb ist es wichtig, mutig zu sein.“

Antje Gerstein, Berichterstatterin der EWSA-Stellungnahme zu den wirtschaftlichen und sozialen Chancen der Digitalisierung, sagte: „Die COVID-19-Krise hat den digitalen Rückstand, aber auch das enorme Potenzial der Digitalisierung in der EU deutlich gemacht. Die Vorteile eines vollendeten digitalen Binnenmarktes werden Prognosen zufolge 450 Milliarden Euro pro Jahr zur

Wirtschaftsleistung der EU beitragen. KMU sind besonders wichtig, sie müssen Investitionen anziehen, um sich zu digitalisieren, aber viele sind schlichtweg von der Pandemie erschöpft. Wir müssen auch verstehen, dass digitale Geschäftsmodelle unsere Arbeitswelt zunehmend prägen werden. Diese Modelle müssen menschen- und wertorientiert gestaltet werden."

Philip von Brockdorff, Berichterstatter der EWSA-Stellungnahme „Digitalisierung für alle“, sagte: „Die Digitalisierung muss für alle Bevölkerungsschichten zugänglich sein. Unternehmen, ArbeitnehmerInnen und Menschen im Allgemeinen müssen auf diesen digitalen Wandel vorbereitet werden, und dafür müssen wir in den kommenden Jahren unsere Bildungssysteme stärken. Bei der Vorbereitung auf die Digitalisierung ist es wichtig, ausreichend EU-Mittel bereitzustellen – und zwar aus dem Just Transition Fund als Teil von NextGenerationEU, aber auch aus dem Programm Digital Europe. Ebenso wichtig ist, dass all dies im Rahmen eines Prozesses des sozialen Dialogs und unter Wahrung der Rechte der ArbeitnehmerInnen, einschließlich derjenigen, die von zu Hause aus arbeiten, geschieht.“

Die Tätigkeiten des EWSA während des slowenischen Ratsvorsitzes

Slowenien führt nun zum zweiten Mal den Vorsitz im Rat der EU. Und zum zweiten Mal übernimmt das Land das Zepter in einem schwierigen Moment: 2008 befand sich Europa kurz nach Ausbruch der Finanzkrise und 2021 kämpft es mit den Folgen der COVID-19-Pandemie. Es ist nicht verwunderlich, dass Krisenvorsorge und -resilienz, insbesondere in den Bereichen Pandemie und Gesundheit, aber auch Cybersicherheit zu den wichtigsten Prioritäten des Vorsitzes gehören.

Der EWSA freut sich auf eine enge Zusammenarbeit mit dem slowenischen Ratsvorsitz, zumal unsere Prioritäten eng beieinanderliegen: Auch für den EWSA sind der Aufschwung, ein gerechter, grüner und digitaler Wandel und die Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit Schwerpunkte.

Ein weiteres zentrales Thema ist die Konferenz zur Zukunft Europas: Die meisten ihrer Aufgaben werden während des slowenischen Ratsvorsitzes erledigt werden müssen, wenn sie 2022 abgeschlossen werden soll. Ich begrüße den unterstützenden Kurs des Vorsitzes, der betont hat, dass die Stimme des EWSA gehört werden muss.

[Für mehr Information.](#)

Rückfragen:

**yunion _ Die Daseinsgewerkschaft
Internationales, EU und Daseinsvorsorge**

**Thomas Kattnig
Mitglied Bundespräsidium**

thomas.kattnig@yunion.at

www.yunion.at

<https://www.facebook.com/yunion.at/>

https://twitter.com/yunion_at

Quellen:

Europäische Kommission, Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA), macropolo.org, weforum.org;